

11. September 2019

**Vorlage für die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
am 11. September 2019**

Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

zu TOP 6 der heutigen Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses:

„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein –

**Gesetzentwurf der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum“
(Drucksache 19/1521)**

Wir schlagen folgende Entscheidung des Ausschusses nebst Begründungstext vor und bitten, diese an die Mitglieder des Ausschusses weiterzuleiten:

Der Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum (Drucksache 19/1521), abzulehnen.

Begründung der Ablehnung:

Der Gesetzentwurf der Volksinitiative wird abgelehnt, da eine Ergänzung der Landesverfassung keine unmittelbaren Auswirkungen hat. Mit den im März 2019 beschlossenen Instrumenten zur Entlastung der Wohnraumsituation (Drs. 19/1337) wird bereits kurzfristig die Nachverdichtung und der Bau zahlreicher zusätzlicher Wohnungen ermöglicht. Damit kann auf die hohe Wohnraumnachfrage in den großen Städten, auf den Inseln sowie im Hamburger Umland noch aktiver als bisher reagiert und Abhilfe geschaffen werden.